

Ausgabe 05/2013

Bankguthaben unsicher !

(ungekürzte Ausgabe hier lesen)

Liebe Leserin, lieber Leser,

die kleine Serie von Michael Turgut „Wie das Geldsystem in Wahrheit funktioniert“ sollte das notwendige Hintergrundwissen für diese und zukünftige Ausgaben des Michael Turgut Newsletters vermitteln. Thema dieser Ausgabe ist die Zypern-Rettung, bei der erstmals die Bankguthaben von Sparern zur Bankenrettung herangezogen wurden. Michael Turgut zeigt nachfolgend die finanzpolitischen Veränderungen in der Eurozone auf. Einleitend will er jedoch noch einmal an die verbindliche Erklärung der Bundesregierung aus 2008 erinnern, siehe Michael Turgut Video über sichere Spareinlagen:

http://www.myvideo.de/watch/9141751/Michael_Turgut_TV_Spareinlagen_nicht_sicher

Die entscheidende Schlagzeile liegt nur drei Monate zurück:



27.12.12 | Finanzminister

Schäuble erklärt die Euro-Krise für beendet

Finanzminister Schäuble glaubt, dass die Euro-Krise sich 2013 entschärfen wird. Die Lage sei besser als gedacht. Länder wie

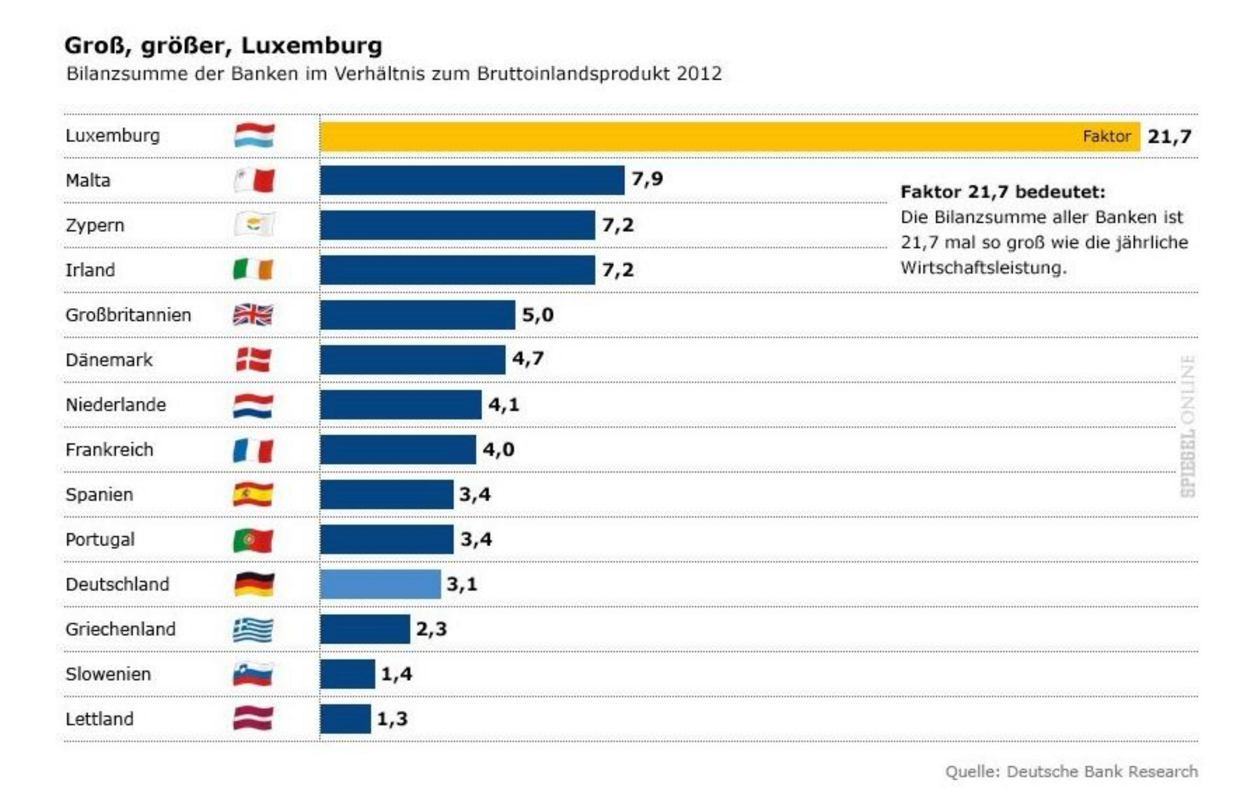
Für Experten war diese Einschätzung des deutschen Finanzministers unbegreiflich, denn keines der wichtigen Probleme inder Euro-Zone wurde bisher gelöst. Kurz: Die Wirtschaft in Südeuropa liegt am Boden und ist dank Euro nicht mehr wettbewerbsfähig, die Arbeitslosenquoten erreichen Weimarer Verhältnisse und die EU-Politik tut alles, damit sich dieser Zustand nicht bessern kann, siehe Michael Turgut Video zur Eurokrise und den Michael Turgut Newsletter 4/2012 zur Eurokrise.

Zypern, das zweitkleinste Mitgliedsland der Währungsunion, ist vor allem wegen der Krise Griechenlands in eine bedenkliche Schieflage geraten. Denn die Abwertung griechischer Staatsschulden hat einen großen Teil der Anlagevermögen zypriotischer Banken vernichtet.

Das trifft die zypriotische Wirtschaft deswegen besonders stark, weil der Bankensektor im Vergleich zu anderen Branchen auf dem Inselstaat überproportional groß und einflussreich ist. Mit Einlagen von rund 70 Milliarden Euro bei einem Bruttosozialprodukt von nur rund 18 Milliarden Euro gilt das zypriotische Bankenwesen als aufgebläht.



Das ist nach Einschätzung von Michael Turgut allerdings nichts im Vergleich zu Luxemburg. Auffällig: Deutsche Politiker kritisieren „den extrem überdimensionierten Bankensektor in Zypern“ und erwähnen mit keinem Wort, dass der Bankensektor in Luxemburg im Verhältnis zur dortigen Wirtschaftsleistung dreimal größer ist. Ob das an Junckers Einfluss liegt?



Zypern braucht 17 Milliarden Euro

Zu dem Ungleichgewicht in Zypern kam es, weil über Jahre kapitalkräftige Investoren, darunter reiche Russen, Ukrainer, Briten und Griechen ihr Geld wegen niedriger Steuern und hoher Zinsen nach Zypern gebracht haben, was Michael Turgut schon früher kritisiert hat.

Neben der Krise der Banken plagt das Land auch noch eine hohe Staatsverschuldung. Zu der soll unter anderem ein aufgeblasener und sehr gut bezahlter Verwaltungsapparat beigetragen haben. Aufgrund der hohen Schulden hat Zyperns Regierung bereits im vergangenen Sommer einen Antrag auf Hilfen aus den Rettungsfonds der Euro-Zone gestellt. Man hätte also ausreichend Zeit gehabt, um eine Lösung zu finden. Dass am Ende alles wieder schnell gehen und nachts gegen 3.00 Uhr eine so weitreichende Entscheidung getroffen werden musste, spricht Bände über die Qualität der Verantwortlichen.

Zyperns größte Banken waren zahlungsunfähig

Zyperns Finanzbedarf liegt bei 17 Milliarden Euro. Der Betrag ist fast so hoch ist wie die gesamte Wirtschaftsleistung des Landes. Die zwei größten Banken des Landes waren faktisch zahlungsunfähig. Die EZB hielt das zypriotische Finanzsystem seit fast einem Jahr nur noch mit Notkrediten am Laufen.

Zwangsabgabe – wer hat's erfunden?



Die Troika (EU, EZB und IWF) haben weitere Kredite in Höhe von zehn Milliarden Euro in Aussicht gestellt, wenn die Zyprioten sieben Milliarden Euro selbst aufbringen. Laut zypriotischer Regierung haben die EU-Finanzminister den Vorschlag unterbreitet, durch eine Zwangsabgabe die Bankkunden teilweise zu enteignen. Die EU-Finanzminister bestreiten das und schieben den schwarzen Peter der zypriotischen Regierung zu. Wenn man allerdings weiß, dass die EU schon lange ein Enteignungsgesetz vorbereitet hat und dieses im Sommer beschlossen werden soll, dann spricht das nicht gerade für die These der EU-Finanzminister.

Zyperns Bankensektor:

Zyperns Banken refinanzieren sich in erster Linie über Einlagen – im Gegensatz zum restlichen Europa. Sie kauften überwiegend griechische Staatsanleihen. Dadurch verloren zypriotische Banken beim Schuldenschnitt Griechenlands in 2012 rund vier Milliarden Euro. Schäuble sagt zwar, dass Zyperns Geschäftsmodell nicht mehr funktioniert; er verschweigt aber, dass er und seine Clique mit dem Schuldenschnitt für Griechenland erheblich zur Pleite Zyperns beigetragen haben. Ein Schuldenerlass bedeutet für die Gläubiger Vermögensverluste. In diesem Fall hat es Zypern erheblich getroffen.

Teil-Enteignung von Zyperns Bankkunden

Unglaubliche 80 Prozent ihrer Spargelder über einem Betrag von 100.000 Euro sollen Kontoinhaber in Zypern verlieren, wenn sie ihr Guthaben bei der falschen Bank hatten, der Laiki-Bank. Bei anderen Banken sollen größere Anleger um 40 bis 60 Prozent erleichtert werden. Dafür werden Guthaben bis 100.000 Euro geschont. Klingt also nach einer sozialen Lösung. Es treffe ja nur "die Reichen", "die Millionäre" oder "die Oligarchen" tönt es selbstzufrieden aus Teilen der Politik. Doch gerade diese Gruppen, auf die die Lösung eigentlich zielt, haben sich offenbar zumindest teilweise via London oder anderer Auslandsstandorte zypriotischer Banken, in letzter Minute, vermutlich durch Insider-Informationen, des staatlichen Diebstahls entziehen können.

Wer also zahlt wirklich? In Zypern ist es üblich, Immobilienfinanzierungen nach Genehmigung und vor Auszahlung auf einem Sparkonto zu parken. Wer also das Pech hatte, in den vergangenen Tagen oder Wochen eine Immobilie gekauft zu haben und den Kaufpreis dazu auf seinem Bankkonto parkte, hat einen großen Anteil daran verloren, selbst wenn ihm das Geld gar nicht gehörte.

Auch Unternehmen pflegen in Zypern ihre Liquidität auf Sparkonten zu parken. Was passiert wenn dort auf einmal die Hälfte oder gar drei Viertel fehlen? Von Mitteln, die eigentlich für die Bezahlung von Mitarbeiterlöhnen gedacht war. Das Beispiel eines zypriotischen IT-Unternehmens zeigt, wie die Enteignung in Zypern wirkt. Sein Geschäftskonto wurde vom Staat geplündert. Die Firma ist ruiniert. Die Mitarbeiter müssen entlassen werden.

Von der staatlichen Kontoplünderung in Zypern sind vor allem die mittelständischen Unternehmen des Landes betroffen. Denn schon das Geschäftskonto einer kleineren Firma übersteigt leicht einen Betrag von 100.000 Euro, da Gehälter gezahlt und Einkäufe getätigt werden müssen. Eine überraschende und willkürliche Guthabenbesteuerung von 40 Prozent oder mehr, kann den Bankrott bedeuten. Hinzu kommen die Auswirkungen der Kapitalkontrollen, die den Firmen den Zugriff auf ihre Konten massiv beschränken.





Fast zwei Wochen waren Zyperns Banken geschlossen, damit die Kontoinhaber nicht ihr Geld abheben konnten.

Geringe Summen von 100 bis 260 Euro waren je nach Bank an Abhebungen von Geldautomaten erlaubt, sofern diese nicht leer waren. Ein zypriotischer Unternehmer hat nun seine Misere im Internet veröffentlicht.

Von 850.000 Euro auf seinem Firmenkonto sind mehr als 700.000 Euro konfisziert worden. Er rechnet damit, circa 20 Prozent der Einlagen innerhalb der nächsten sechs bis sieben Jahre zurückzuerhalten. Er sagt: „Ich bin kein russischer Oligarch, sondern nur ein mittelgroßes europäisches IT-Unternehmen. Sehr viele Unternehmen in ganz Zypern sind in derselben Situation. Das Unternehmen ist ruiniert und muss sämtliche Mitarbeiter entlassen. Das ist das unmittelbare Ergebnis der EU-Politik! Egal wohin wir blicken, ob Griechenland, Zypern, Spanien, Portugal, überall das gleiche Ergebnis. Es werden Millionen von Arbeits-plätzen mutwillig durch die Politik vernichtet!

Sparer sollen zukünftig für Bankpleiten zahlen

Die willkürliche Enteignung auf Zypern lässt wenig Gutes für die Sparer in Europa erwarten. Eurogruppenchef Dijsselbloem hat viel Kritik für seine Aussage einstecken müssen, dass das Vorgehen auf Zypern eine „Blaupause für andere Länder“ sein könnte. Daraufhin sahen sich etliche Politiker veranlasst, den Angaben des Niederländers zu widersprechen, darunter auch sein Vorgänger, der luxemburgische Ministerpräsident Juncker. (Wir haben alle noch seine bekannte Aussage vom 10.5.2010 im Ohr und sollten diese auch nicht vergessen: „Wenn es ernst wird, müssen wir lügen!“)

Nach der Schellte durch seine Kollegen revidierte Dijsselbloem seine Meinung und behauptete das Gegenteil: „Zypern sei ein Einzelfall“. Dass dem aber nicht so sein wird, wissen wir seit letztem Dienstag. Da kam ans Licht, dass noch vor der Sommerpause ein Gesetz verabschiedet werden soll, welches das gerade angewandte Enteignungsmodell auf Zypern auch für künftige Banken-Rettungen festschreiben wird.

Die EU will künftig Kontoguthaben für die Sanierung und Abwicklung von Banken enteignen. EU-Kommissar Michael Barnier bestätigte, dass dieser Gesetzentwurf zur Bankenabwicklung vorsieht, „dass vorrangige Gläubiger und nicht abgesicherte Einleger an den Kosten einer geordneten Insolvenz beteiligt werden können, wenn es nicht anders geht“, und es „klare Spielregeln für alle, die ihr Geld in Banken investieren“, gibt. Seit letztem Donnerstag gibt es eine weitere Bestätigung, dass künftige „Bankenrettungen“ in der Eurozone nach dem Vorbild Zyperns erfolgen werden. EZB-Direktoriumsmitglied und Präsident der niederländischen Zentralbank, Klaas Knot erklärte, dass alle Bank-Guthaben durch die Europäische Zentralbank künftig enteignet würden, falls notwendig. Knot sagte gegenüber Reuters, die Enteignung von privaten Bank-Guthaben werde künftig ein wichtiger Teil der „europäischen Liquidierungs-Politik“ sein. Wer immer noch glaubt, Geldvermögen und Sparbücher bei einer Bank in Deutschland seien „sicher“, sollte diese Berichte lieber zweimal lesen.



Es wird auch in Deutschland dazu kommen, dass Bankkonten vom Staat geplündert werden, warnte Michael Turgut in seiner Pressemitteilung 6/2013. Sicherlich wird auch die Grenze von 100.000 Euro gesenkt werden. Marc Fabers Ein-schätzung: *„Es sind Politiker, die behaupten, Zypern sei ein Sonderfall und man solle sich keine Sorgen machen. Wenn Politiker so etwas sagen, sollte man lieber ganz schnell die Flucht antreten. Eine wichtige Regel lautet: Man sollte nicht auf die Regierungen hören. Wenn man auf das hört, was Politiker sagen, wird man ganz sicher bankrott sein.“*

Viele Leute glauben noch an die Einlagensicherung. Das wäre ein Thema für sich. Heute nur ganz kurz: Die Entschädigungseinrichtungen wurden für den Fall geschaffen, falls einmal eine mittelgroße Bank pleitegehen würde, nicht jedoch das ganze marode Bankensystem. Siehe Michael Turgut Video - Spareinlagen sind nicht mehr sicher.

Deutlich weniger als ein Prozent der deutschen Spareinlagen von rund 2,9 Billionen Euro sind in den Entschädigungseinrichtungen vorhanden. Die Summe würde bei der Pleite einer Großbank keinesfalls ausreichen. Eine gesetzliche Entschädigungspflicht des Staates gibt es nicht! Der neue EU-Trick: Die Einlagensicherung, lassen wir dahingestellt, ob sie werthaltig wäre oder nicht, greift nur im Insolvenzfall einer Bank. Durch die vorherige Zwangs-enteignung von Kontoguthaben sollen Bankpleiten ausgeschlossen werden, damit der Entschädigungsfall erst gar nicht eintreten kann – Wunschdenken. Anleger sollten deshalb eine sichere Anlageform wählen, siehe Michael Turgut Video: Kapitalanlage-Tipp 2013.

Kontoguthaben bei einer Bank in der EU sind seit einer Woche ein riskantes Unterfangen, vor allem auch für Unternehmen. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis auch in Deutschland Teil-Enteignungen stattfinden werden. Jeder der die Michael Turgut Newsletter Ausgaben 1 - 4 über das Geldsystem gelesen hat, weiß, Abhilfe schaffen Bargeld, Silber und Gold. Derzeit sind die Preise für Edelmetalle noch sehr niedrig (siehe Michael Turgut Pressemitteilung 4/2013) und jüngst durch die manipulierten Kurseinrückgänge (siehe Michael Turgut Video zur Goldpreis-Manipulation) der ideale Zeitpunkt zum Einstieg oder zur Erhöhung der Edelmetall-Bestände. Siehe Michael Turgut Pressemitteilung 1/2013 bzw. Michael Turgut Pressemitteilung 2/2013 und das Michael Turgut Video - Zentralbanken kaufen massiv Gold.

Viel Erfolg bei Ihren Entscheidungen wünscht Ihnen

Ihr



Michael Turgut



Michael Turgut auf Xing **Michael Turgut auf Twitter** **Michael Turgut auf Facebook**

Impressum: Michael Turgut Finanzberatung - Industriestr. 2 - FL-9487 Bendern

eMail: info@michaelturgut.de Website: http://www.michael-turgut.de